Wolfgang Wieland
Mitglied des Deutschen Bundestages

An die
35. Konferenz der Informatikfachschaften
c/o Fachbereich Mathematik/Informatik
Universität Karlsruhe (TH)

76128 Karlsruhe

27.06.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse habe ich Ihren Brief zu Fragen der Inneren Sicherheit und der Bürgerrechte gelesen. Sie benennen Tendenzen, die auch ich und meine Fraktion in der gegenwärtigen Debatte um Innere Sicherheit sehen, und gegen die wir mit allen uns zur Verfügung stehenden politischen Mitteln kämpfen.
Sie haben völlig Recht, dass diese Bundesregierung, und allen voran Wolfgang Schäuble, ohne viel Rücksicht auf die Grundrechte ihre Vorstellung von Sicherheit umsetzen will. Das Vorgehen ist ganz wie Sie beschrieben haben – Terrorszenarien werden aufgebaut, angebliche Gegenmittel empfohlen und, wenn nötig, auch noch Gesetzgebungsdruck über die europäische Ebene aufgebaut.

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass in der Tat eine terroristische Bedrohung existiert, dass diese Form des Terrorismus nicht einfach zu bekämpfen ist und dass es dafür vielleicht auch an manchen Punkten neuer Regelungen bedarf. Nur: diese müssen überhaupt dem Zweck dienlich sein, verhältnismäßig bleiben und dürfen die Grundrechte nicht über Gebühr einschränken.

Für uns als Oppositionspartei ist es nicht einfach, diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit darzustellen und die Eskalation des Verdachts durch den Bundesinnenminister mit parlamentarischen Mittein zu stoppen. Die Beispiele die Sie nennen belegen das: Wir haben zu rot-grünen Regierungszeiten der SPD die enge Einschränkung der Datennutzung bei der LKW-Maut abgerungen – die große Koalition hebt diese Grenzen nun auf. Durch beharrliche Arbeit konnten wir jedoch kleine Erfolge erreichen. Wäre es nach der CDU und dem Bundesinnenminister alleine gegangen, würden die Fingerabdruckdaten für die neuen Pässe in Datenbanken gespeichert, mit vollem Zugriff für alle interessierten Behörden. Wir konnten zwar den grundsätzlich zweifelhaften neuen Pass nicht verhindern, aber immerhin Teile der Koalition zum Umdenken bewegen, so dass der Datenzugriff nun etwas eingeschränkt ist und einer strengeren Kontrolle unterliegt.

Bündnis 90/Die Grünen haben eine lange Tradition als Partei der Bürgerrechte und wir fühlen uns dieser Tradition nach wie vor unvermindert verpflichtet. Wir werden auch weiterhin unsere – zugegebenermaßen eingeschränkten – parlamentarischen Mittel nutzen, um das grundrechtschädliche Denken und Handeln der Bundesregierung anzuprangern und wo immer möglich im Sinne des Rechts zu beeinflussen. Wir werden bei der Verteidigung

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☏ (030) 227 – 74 555 • FAX (030) 227 – 76 674
wolfgang.wieland@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Lindenstraße 20-25 • 10969 Berlin • ☏ (030) 61 60 99 55 • FAX (030) 616 01 61
wolfgang.wieland@wk.bundestag.de

Wolfgang Wieland
Mitglied des Deutschen Bundestages

der Grundrechte der Bürger nicht von unserer Linie abweichen. Und wir arbeiten mit Organisationen vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein über den Chaos Computer Club bis hin zu den Kirchen zusammen, um das Bewusstsein für die Grundrechte zu stärken und so auch dem Bundesinnenminister deutlich zu machen, dass sein Weg nicht zu Sicherheit und Freiheit, sondern zu Generalverdacht und Rechtlosigkeit führt.

Ich freue mich, dass Ihre Fachschaftskonferenz sich so klar zu diesen Fragen positioniert hat, weil es zeigt, dass Herr Schäuble und seine Pläne eben nicht unwidersprochen bleiben. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass er sie nicht durchsetzen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Wieland